

OÖ Informiert

Nr. 4, 2017

Österreichische Post AG SP 17Z041006S, 4040 Linz

FPO DIE Heimatpartei

Süßer die Glocken nie klingen
Als zu der Weihnachtszeit:
's ist, als ob Engelein singen
Wieder von Frieden und Freud'.
[: Wie sie gesungen in seliger Nacht, :]
Glocken, mit heiligem Klang
Klinget die Erde entlang!

**Wir wünschen Ihnen ein
frohes Weihnachtsfest
und alles Gute im Neuen Jahr!**

Herzlichst, Ihr



Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.



Alles Gute für 2018!

Soziales:

**Land OÖ
betrogen**

Seite 5

Brauchtum:

**Werte & Traditionen
erhalten**

Seite 7

Familien:

**OÖ ist kinder-
freundlich**

Seite 11

Finanzen:

**Schulden-
stopp in OÖ**

Seite 13

Ja zum traditionellen Familienbild

Die SPÖ hat sich vom traditionellen Familienbild längst entfernt. Die ÖVP gibt zwar vor, für das traditionelle Familienbild einzutreten, aber es mangelte bisher an konkreten Maßnahmen. Für die FPÖ besteht eine Familie aus Eltern und Kindern. FPÖ-Landesparteibmann Manfred Haimbuchner zur Familie, aber auch zur „Ehe für alle“ im Gespräch.

 Was kritisieren Sie konkret?

Haimbuchner: Für die SPÖ ist alles Familie, was zusammen in einer Wohnung wohnt und sich einen Kühlschrank teilt. Die Genossen treten für alle möglichen Partnerschaftsmodelle ein. Und die ÖVP fördert die traditionelle Familie bisher zu wenig.

 Was ist das freiheitliche Familienmodell?

Haimbuchner: Familie ist für uns Eltern und Kinder. Wir wollen den Menschen nicht vorschreiben, wie sie leben sollen. Natürlich gibt es andere Lebensmodelle. Auch mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften habe ich kein Problem. Aber wir müssen aus demografischer Sicht Familien mit Kindern fördern – nicht nur finanziell und in puncto Alltag. Es ist eine Frage der Einstellung zur Familie.

 Was muss sich verändern?

Haimbuchner: Für mich ist das Familienbild Mann, Frau und Kinder. Ich würde mir das wünschen und lebe das auch persönlich. Es gibt seitens des Landes – ich bin für die Familien zuständig – auch Förderprogramme. Für mich geht es in der Familienpolitik aber auch um Wertigkeiten. Mit dem Geld muss zudem eine enkelgerechte Politik gemacht werden. Wir können nicht weiterhin Schulden zu Lasten zukünftiger Generationen machen – der Schuldenberg Österreichs ist mittlerweile 500 Milliarden Euro hoch.

 Leben Muslime nicht nach dem FPÖ-traditionellen Familienbild Mann, Frau und Kinder?

Haimbuchner: Nicht wirklich. Denn insbesondere der politische Islam hat eine Einstellung zur Frau, die man nicht einmal im Ansatz akzeptieren kann.

Demografisch gesehen resultiert ein Vorsprung des Islam daraus, dass eine positive Einstellung zu Kindern gegeben ist. Auch bei uns gab es in Familien früher mehrere Kinder. Der Wohlstand und die Medizin sind Gründe dafür, dass es nun weniger Kinder gibt. Die Österreicher stellen sich als Idealbild der Familie Mann, Frau und zwei Kinder vor. Das ist das eindeutige Ergebnis aus Umfragen.

 Welche Auswirkungen hat es, dass weniger Kinder geboren werden?

Haimbuchner: In Zukunft werden weniger in das soziale System einzahlen. Das ist dadurch gefährdet. Bestimmend für ein Ja zu Kindern ist mitunter das Geld, aber sicherlich nicht allein entscheidend. Für die meisten Menschen gehört eine Familie mit Kindern zu einem erfüllten Leben dazu. Auch das bestätigen uns Umfragen. Aber generell hat sich die positive Einstellung zum Leben in Europa verändert. Es geht hier um die Einstellung der Gesellschaft im Ganzen.

Wir müssen uns überlegen, wie man Familien unterstützen kann und müssen umdenken – wie die Gesellschaft mit Müttern umgeht. Wie wird einer Frau begegnet, die mit einem Kinderwagen in den Bus steigt? Wie ist es, wenn eine Familie mit einigen Kindern einkauft? Wie ist es im Urlaub? Für mich ist es die völlig falsche Einstellung, wenn sogar Hotels damit werben, dass sie keine Familien mit Kindern nehmen.

LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner
Landesparteibmann

 Die „Ehe für alle“ soll nun doch 2019 kommen. Das hat der VfGH nun entschieden. Was meinen Sie dazu?

Haimbuchner: Mit diesem Urteil des Verfassungsgerichtshofes wird Ungleiches gleich behandelt. Noch im Jahr 2009 beim Beschluss der eingetragenen Partnerschaft wurde in Abrede gestellt, dass es weitere Konsequenzen in Richtung Gleichstellung geben wird. Offenbar will man besonders modern und fortschrittlich wirken. Es geht hier nicht um eine moralische Wertung. Es geht um Prinzipielles. Der besondere Schutz der Ehe von Mann und Frau verdankt sich der Tatsache, dass nur in dieser Verbindung neues Leben entstehen kann. Und es wird zum Ausdruck gebracht, Verantwortung füreinander und die Kinder zu übernehmen.



Gefahrenquelle „Toter Winkel“

Förderungen für Konzept zur Verbesserung der Verkehrssicherheit

Kraftfahrzeuglenker fürchten ihn, Verkehrsexperten warnen vor ihm und Angehörige von Unfall- opfern klagen über ihn. Die Rede ist vom „Toten Winkel“. Obwohl diese Gefahrenquelle bekannt ist, kommt es doch immer wieder zu Unfällen. „Durch die technischen Entwicklungen wie beispielsweise elektronische Abbiegeassistenten wird die Verkehrssi-

cherheit kontinuierlich verbessert. Dennoch gilt es, auf Gefahren aufmerksam zu machen und besonders schwächere Verkehrsteilnehmer hierfür zu sensibilisieren“, unterstreicht Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner.

Ein neues Verkehrssicherheitskonzept, das sich mit den Gefahren des „Toten

Winkels“ befasst, wird nun seitens des Infrastrukturressorts gefördert. Dabei handelt es sich um Workshops, welche an oberösterreichischen Schulen für Schüler ab der fünften Schulstufe abgehalten werden. Im Zuge einer vierstündigen Schulung wird sowohl in einem theoretischen, als auch praktischen Teil auf die Gefahren rund um den „Toten Winkel“ aufmerksam gemacht. Besonders in der praktischen Anwendung wird das Verständnis für dieses Sicherheitsproblem geschärft. Die Schüler erhalten dabei wichtige Sicherheitstipps für das zukünftige Umgehen mit dem „Toten Winkel“. An rund 30 Schulen sind diese Veranstaltungen geplant. Gefördert wird dieses Projekt mit rund 16.400 Euro. „Mit diesem Pilotprojekt wollen wir die Verkehrssicherheit im Zusammenhang mit dem wichtigen Thema 'Toter Winkel' nachhaltig verbessern“, so Steinkellner abschließend.



Erste Aberkennungen von Doppelstaatsbürgerschaften

Nach der Debatte vom Frühjahr – der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan warb um Zustimmung unter den in Österreich lebenden Türken für sein Referendum – tauchten in Folge Listen auf, wonach auch Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft mitstimmten, die eigentlich keine türkische Staatsbürgerschaft mehr haben dürften.



In Österreich gilt, dass bei Erlangen der österreichischen Staatsbürgerschaft der türkische Reisepass abgegeben werden muss. Allein aus Oberösterreich waren rund 2.000 Fälle auf dieser Liste etwaiger Doppelstaatsbürgerschaften. Insgesamt waren in ganz Österreich mehr als 100.000 Personen auch in der Türkei wahlberechtigt.

Der zuständige FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek hat in Folge eine Überprüfung veranlasst. In fünfzig Fällen wurden Musterverfahren eingeleitet. Nunmehr gibt es erste Negativbescheide bei österreichisch-türkischen Doppelstaatsbürgerschaften. „In zehn Fällen wurde die Staatsbürgerschaft aberkannt“, informiert Podgorschek, dass die entsprechenden Bescheide verschickt wurden. Die Aberkennung erfolgt bei diesen zehn Fällen in erster Instanz.



Neustrukturierung des Tourismus in Oberösterreich

Im Sinne der Verwaltungsvereinfachung wurde im schwarz-blauen Arbeitsübereinkommen eine Neuauftellung der oberösterreichischen Tourismusstrukturen vereinbart.

Rund zwei Jahre, zahlreiche Fachberatungen und Planungssitzungen später, wurde das neue Gesetz nun beschlossen. Anfang März 2018 werden erste Teile in Kraft treten. Spätestens 2020 sollen die Neuerungen ihre volle Wirksamkeit entfaltet haben. Die Änderungen führen zur Effizienzsteigerung und gleichzeitiger Verschlankung der Verwaltungsstrukturen.

Von insgesamt 103 oberösterreichischen Tourismusverbänden werden am Ende maximal 19 übrig bleiben. Gelingen wird das durch gezielte Fusionen. Auch länderübergreifende Kooperationen sind angedacht. Dadurch wird der Verwaltungsapparat wesentlich verschlankt. Frei werdende Geldmittel setzt man für die Entwicklung des Tourismusbereichs ein. Die Tourismusabgabe wird im Jänner 2019 durch die Ortstaxe abgelöst. Der zentrale Unterschied ist, dass sie einheitlich in allen Gemeinden gelten wird – also auch in den Nicht-Tourismusgemeinden („D-Gemeinden“). Die Höhe wurde mit zwei Euro pro Nächtigung in Gästeunterkünften oberösterreichweit vereinheitlicht.

Von den Abgaben fließen fünf Prozent direkt an die Gemeinden. Der restliche

Anteil kommt direkt dem Tourismus zu Gute.

„Das neue Gesetz ist ein innovativer Meilenstein für unser Tourismusland. Dadurch erhöhen wir die Werbewirksamkeit sowie die Schlagkraft und vermindern gleichzeitig die Verwaltungskosten“, unterstreicht FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr.

ÖVP und SPÖ beschließen neue Abgabe - FPÖ strikt dagegen

Gemeinden haben künftig die Ermächtigung, in ihrem eigenen Wirkungsbereich eine Freizeitwohnungspauschale einzuleben. Scharf kritisiert wurde diese Änderung von der FPÖ. Die Freiheitlichen lehnen die neue Abgabe strikt ab. Sie sehen darin eine unter dem Deckmantel des Tourismus versteckte Zweitwohnsitzabgabe. Denn deren Erträge fließen ausschließlich ins Gemeindebudget.

„Diese Art der Budgetsanierung zu Lasten unserer Bürger lehnen wir strikt ab. Der Tourismus sieht von den Geldmitteln nichts. Die Abgabe ist somit in diesem Gesetz völlig deplatziert“, spricht sich Mahr gegen diese neue Abgabe aus.

Verein betrügt das rote Sozialressort

Offenbar gibt es laut zahlreicher Medienberichte einen Betrug in Höhe von mind. 1,5 Mio. Euro gegenüber dem von SPÖ-Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer geführten Sozialressort. Die Obfrau eines Vereins, der Behinderte betreut und ihr Lebensgefährte sollen das Land und ihre Klienten mittels gefälschter Rechnungen über drei Jahre lang betrogen haben, indem sie Fördergelder durch gefälschte Rechnungen und direkte Subventionen unterschlagen haben.



Die Staatsanwaltschaft hat bereits ein Ermittlungsverfahren gegen die beiden Beschuldigten eingeleitet. Aber auch politisch gehen seit Bekanntwerden des Falles die Wogen hoch. ÖVP und FPÖ werfen der SPÖ „Geheimhaltung“ vor. Immerhin gab es im September einen Erstverdacht. Es stelle sich die Frage, so FPÖ und ÖVP, warum Landesrätin Gerstorfer diesen Kriminalfall „verschwiegen hat.“ Mittlerweile hat ÖVP-Landeshauptmann Dr. Thomas Stelzer der SPÖ-Landesrätin einen Sonderbeauftragten zur Seite gestellt, der ihm gegenüber berichtspflichtig ist.

Für FPÖ-Landesparteiobmann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner ist der groß angelegte systematische Sozialbetrug „Beweis dafür, dass im SPÖ-geführten Ressort offenbar die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut. Es ist traurig, dass erst etwas passieren muss, bis man bei der SPÖ aufwacht. Die vielen Hinweise von unserer Seite, dass offensichtlich im Sozialressort vieles im Argen liegt, wurden stets abgetan.“ Für Haimbuchner liegt nunmehr ein weiterer Beweis auf dem Tisch, dass die Überforderung der handelnden Personen eine Tatsache ist. Haimbuchner erinnerte daran, dass es ohne das massive Drängen seitens der Freiheitlichen bis heute noch

keine externe Überprüfung des Sozialressorts geben würde. „Von einer transparenten Offenlegung der Missstände sind wir offensichtlich noch immer weiter entfernt.“

Es zeige sich deutlich, so der FPÖ-Landesparteiobmann, „dass die SPÖ zwar Lippenbekenntnisse ablegt, wenn sie davon spricht, zielgerichtet Steuermittel einzusetzen und Missbrauch zu bekämpfen. Der vorliegende Fall beweist aber genau das Gegenteil.“ Steuergeld werde mit beiden Händen verteilt „und mit der Kontrolle nimmt man es in der SPÖ offenbar nicht so genau.“

Der freiheitliche Landeshauptmann-Stellvertreter zeigt auf, „dass es auch anders geht: Wir haben im Wohnbauressort ohne zusätzlichen Aufwand – nur durch genaue Kontrolle durch die Beamten – gezeigt, wie es geht. Allein durch das Abstellen von Missbrauch bei der Wohnbeihilfe konnten zwei Millionen Euro an Steuergeldern gerettet werden. Bei der SPÖ ist das genaue Gegenteil der Fall. Es wird Zeit, dass hier eine Besachwalterung – im Interesse der steuerzah-

lenden Bürger und im konkreten Fall der betrogenen Beeinträchtigten – stattfindet. Ich begrüße daher explizit die Maßnahmen von Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer und unterstütze die Maßnahmen der kommenden internen Revision des Landes für das Sozialressort vollinhaltlich.“

■ Sozialressort offenbar völlig überfordert

Für FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr „ist das Maß gestrichen voll. Ziehen Sie unverzüglich Konsequenzen, Frau Landesrat Gerstorfer.“ Dieser Dilettantismus sei wie ein Schlag ins Gesicht für alle anderen Verantwortungsträger, die täglich mit dem auskommen müssen, was ihnen zur Verfügung steht.

Es dränge sich die Frage auf, wie über 1,5 Millionen Euro zu viel an einen einzigen Verein ausbezahlt werden, „ohne dass das irgendwem auffällt.“



Ohne dass wer misstrauisch wird und ohne dass es dann bei irgendeiner Voranschlagstelle fehlt. Es ist geradezu symptomatisch, dass dieser Fall in der Sozialabtei-

lung aufschlägt. Und es drängt sich die Frage auf: Ist das nur die Spitze des Eisbergs?“, sagt Mahr, der eine lückenlose Überprüfung sämtlicher Vereine durch die Interne Revision fordert.

„Setzen Sie diesem Spuk unverzüglich ein Ende“, richtet Mahr einen Appell an die SPÖ-Landesrätin. „Fangen Sie endlich mit Ihrer Regierungsarbeit an und stoppen Sie Ihre parteipolitische Effekthascherei!“

Bürgerrechte stärken - politische Blockaden lösen

Ein klares Bekenntnis zur direkten Demokratie kommt von DI Dr. Adalbert Cramer, zweiter Präsident des OÖ. Landtages. „Es ist an der Zeit, dass die Rechte unserer Bürger endlich gestärkt werden. Wir fordern seit Jahren eine stärkere Einbindung der Bevölkerung in demokratische Entscheidungen. Das Volk ist verantwortungsbewusst und reif genug für Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild.“

Direkte Demokratie sei der beste Weg, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik zurückzugewinnen. „Direkt-demokratische Elemente können dazu beitragen, politische Blockaden zu lösen“, ist Cramer überzeugt. „Ein großer Vorteil der direkten Demokratie ist die Tatsache, dass die Bevölkerung über wesentliche Themen und Forderungen mitentscheiden kann. Weiters erhält der Bürger die Möglichkeit, bei wichtigen Entscheidungen gehört zu werden“, betont Cramer die Wichtigkeit dieser Maßnahme.

Konkret fordert die FPÖ, die Einstiegschürden für Volksbefragungen herabzusetzen. Gibt es eine Unterstützung für ein Volksbegehren von mehr als vier Prozent der Zeichnungsberechtigten, soll es eine rechtlich bindende Volksabstimmung geben. „Die FPÖ wird sich das Schweizer Modell als Vorbild nehmen und sich weiter für die direkte Demokratie im Sinne des österreichischen Volkes einsetzen.“



Mystery Shopping:

Jugendschutz klappt

Seit dem Jahr 2013 führt das Land Oberösterreich Testkäufe durch, um die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen zu kontrollieren. „Konkret geht es um die Bestimmungen des Oö. Jugendschutzgesetzes in punkto Alkohol- und Tabakverkauf an Jugendliche“, so Landesrat Elmar Podgorschek.

„Wir wollen mit diesen Mystery Shopping-Aktionen auch die Verkaufsstellen sensibilisieren, die gesetzlichen Bestimmungen beim Verkauf von Alkohol und Tabakwaren einzuhalten. Es soll ein neues Bewusstsein geschaffen werden, dass die Frage nach dem Alter und die Kontrolle des Ausweises durch das Verkaufspersonal zur Norm werden“, will Podgorschek dadurch die Verfügbarkeit von Alkohol und Tabak reduziert wissen. Weiters sollen aber auch Jugendliche und Eltern sowie die Öffentlichkeit auf den Jugendschutz zum Thema Alkohol sensibilisiert werden.

Im ersten Halbjahr 2017 wurden in ganz Oberösterreich 621 Testkäufe im Lebensmittel-Einzelhandel, in Tankstellenshops und Gastronomiebetrieben durchgeführt. Bei 99,7 Prozent der Testkäufe – durchgeführt mit Minderjährigen – wurde versucht, gebrannten Alkohol als 0,7 Liter-Flasche bzw. als Mix-Getränk zu erwerben, andernfalls ein Päckchen Zigaretten.

„Ganz klar erkennbar ist, dass durch die konsequente Kontrolle mittels Testkäufen das Bewusstsein

der Verkaufsmitarbeiter und Servicekräfte für den Jugendschutz im Laufe der Jahre deutlich zugenommen hat. Die Zahlen bei der Abgabe sind rückläufig und hat sich sowohl im Einzelhandel, bei den Tankstellen-Shops und in der Gastronomie verbessert. Es zeigt sich jedoch, dass vor allem im Bereich der Gastronomie weiterhin Aufklärungs- und Schulungsbedarf besteht“, ist für Podgorschek das Ziel, den Jugendschutz zu verbessern. „Dennoch kommt es immer noch zu Fällen, wo ohne Ausweiskontrolle oder Frage nach dem Alter gebrannter Alkohol oder Tabakwaren an unter 16-Jährige ausgehändigt werden.“



Landesrat Elmar Podgorschek

Brauchtum wieder „in“

Brauchtum und Traditionspflege geben uns Halt und Orientierung in einer zunehmend hektischeren und globalisierten Welt. Der Alpenraum ist hier noch in einer glücklichen Lage, denn unsere bäuerlichen, ländlichen und christlichen Bräuche und Feste werden noch immer generationsübergreifend gepflegt.



Die Schnelligkeit der digitalen Gesellschaft und die zunehmende Entwurzelung sorgen dafür, dass immer mehr Menschen verbindliche Zugehörigkeit, verlässliche Gemeinschaft und ein echtes Heimatgefühl suchen.

Diesen Trend beobachten Brauchtumsforscher im gesamten Alpenraum. In diversen Studien erweisen sich gerade Menschen zwischen 14-29 Jahren als erstaunlich konservativ in ihren Wertvorstellungen, auch wenn ihr Lebensstil das nicht auf den ersten Blick verrät. Befragungen zeigen, dass beinahe neun

von zehn Österreichern die Wahrung und Pflege der heimischen Bräuche für zumindest einigermaßen wichtig halten.

Doch diese Traditionen und Bräuche sind auch in Gefahr. Massenhafte Zuwanderung aus dem Islam gefährdet unsere oftmals christlich geprägten Bräuche. Das zeigen etwa die regelmäßigen Diskussionen um Nikolausfeste an Kindergärten oder Kruzifixen in Schulen und im öffentlichen Raum. Unsere Traditionen und unser Brauchtum sind daher nicht nur etwas Selbstverständliches, sondern müssen auch selbstbewusst verteidigt und gelebt werden. Wer in unsere Heimat kommt,

der muss unsere Bräuche akzeptieren, oder er hat in Österreich nichts verloren!



LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner
Landesparteiobmann



„Landflucht“ verhindern

Im Landtag wurden die Weichen für zukunftsfitte Gemeinden gestellt. Gemeinden, insbesondere jene in den ländlichen Regionen, sind mit großen Herausforderungen konfrontiert.

„Infrastruktur ging über Jahre verloren – Greißler sperrten zu, Postämter haben schon lange geschlossen und es wird immer schwerer, Ärzte zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung zu finden. Das hat zur Folge, dass immer mehr Menschen in die Stadt ziehen. Diesem negativen Trend – der ‚Landflucht‘ – gilt es gegenzusteuern“, zeigt LAbg. Peter Bahn auf.

Für die FPÖ wird mit der Neuregelung der Finanzierung der Gemeinden ein Schritt in die richtige Richtung gemacht. „Die ‚Gemeindefinanzierung Neu‘ bringt mehr Autonomie, aber auch mehr Verantwortung für die Gemeinden“, erklärt Bahn. Dafür nötig sei nötig, Kooperationen und Fusionen voranzutreiben. Auf die veränderten Lebensbedingungen in Gemeinden müsse reagiert werden. Mit dem Budget für das Jahr 2018 und den gesetzten Maßnahmen habe Oberösterreich die entsprechenden Weichen gestellt. „Es gilt, Stadt und Ortskerne zu attraktivieren.“



Umfassendes Pflegepaket gefordert

Im Rahmen des Nationalratswahlkampfes kam es zur Abschaffung des Pflegeregresses.

Ab 1. Jänner 2018 darf somit nicht mehr auf das Vermögen von Personen zurückgegriffen werden, die in Alten- und Pflegeheimen untergebracht sind. Der vom Bund vorgesehene Kostenersatz für ganz Österreich in Höhe von 100 Millionen Euro ist dabei zu niedrig angesetzt. Alleine in Oberösterreich rechnet man mit 70 Millionen Euro an Mehrkosten.

„Mit der Abschaffung des Pflegeregresses wurde eine langjährige freiheitliche Forderung umgesetzt. Der Beschluss wurde jedoch zu wenig mit den Ländern koordiniert. Die Gemeinden als Hauptfinanzierer der Pflege dürfen nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Damit auch in Zukunft ein qualitativ hochwertiges Pflegesystem sichergestellt werden kann, braucht es neben nachhaltigen Systemverbesserungen im Pflegebereich eine vollständige Abgeltung der Mehrkosten durch die Abschaffung des Pflegeregresses durch den Bund“, so die freiheitliche Sozialsprecherin, LAbg. Ulrike Wall.

Notwendiges tun, Möglichkeiten schaffen

In den Budgetverhandlungen für das Jahr 2018 haben sich ÖVP und FPÖ auf ein Maßnahmenpaket geeinigt, um ein Nulldefizit zu erreichen und Schulden abzubauen. Im Umgang mit dem schwer verdienten Steuergeld der Bürger zeigt die oberösterreichische Landesregierung Verantwortung und wird die Landesfinanzen sanieren. Damit werden Zukunftsinvestitionen möglich, neue Schulden vermieden und nachfolgende Generationen entlastet.

Foto: FPÖ Landtagsklub



Insgesamt wird Oberösterreich mindestens 147 Millionen Euro einsparen. Trotzdem werden wichtige Zukunftsprojekte, wie etwa die neue Donaubrücke oder die Westringumfahrung sichergestellt. Neue Schulden werden nicht gemacht, denn das Land Oberösterreich, die Verwaltung und die Politik sollen zuallererst bei sich selbst zu sparen beginnen.

So werden die Höhe der Politikergehälter eingefroren, die Parteien- und Klubförderung um zehn Prozent gekürzt und in der Verwaltung Einsparungen und Verschlinkungen vorgenommen. Deshalb muss auch jedes Regierungsmitglied zehn Prozent einsparen. Das gilt für alle Parteien und alle Ressorts.

Zusätzlich stehen Förderungskürzungen für Ausländervereine und die Durchführung des Subventionsdschungels auf dem Sparplan. Natürlich sind diese Maßnahmen beim politischen Mitbewerber vor allem links der Mitte nicht beliebt. Man hat jahrzehntelang die eigenen Randgruppenthemen und skurrile Vereine finanziell gefüttert und ist überaus verantwortungslos mit Steuergeld umgegangen.

„Wir wissen, dass wir für den neuen Haushalt nicht nur Applaus ernten werden. Aber wir wissen auch, wenn wir über die Legislaturperiode hinaus denken, dann müssen wir jetzt das Richtige für unser Land tun“, kommentiert FPÖ-Landesparteiobmann LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner das Budget für das kommende Jahr.

Eine generationengerechte Finanzpolitik soll Sparen und Investieren ermöglichen. Erstmals seit 2010 wird sich Oberösterreich nicht neu verschulden, sondern sogar Schulden abbauen. Vor allem soll in der Verwaltung und bei der Politik gespart werden.

Die wichtigsten Maßnahmen für die Zukunft:

- Nulllohnrunde für Politiker, zehn Prozent weniger Förderung für Parteien und Landtagsklubs.
- Investitionen in Sicherheit und Öffentlichen Verkehr.
- Förderungskürzungen bei Ausländervereinen.
- 45 Millionen Euro alte SPÖ-Schulden im Sozialressort werden bis 2021 abgebaut.



Oberösterreich bringt Kinder auf die Skipisten

Skifahren erfreut sich großer Beliebtheit, ist aber gerade für Familien meist auch eine Kostenfrage. Deshalb versuchen das Land Oberösterreich und seine Partner, den Pistenspaß leistbarer zu machen.

Mit Erfolg: Im vergangenen Jahr fanden die Aktionen über die Familienkarte großen Anklang. 1.000 Teilnehmer beim Kinderskikurs „Pistenfloh“, über 4.600 verkaufte Tickets an den Familienskitagen und ein Rekordergebnis von 35.000 Tickets für Skikurse an Volksschulen und Kindergärten. Und bei der Wintersportwoche nahmen 9.200 Schüler eine kostenlose Liftkarte in Anspruch.

Auch diese Saison profitieren Familien wieder von den Angeboten der Familienkarte, die das Skifahren erschwinglicher machen. In den Snow & Fun Skigebieten finden am 20. und 21. Jänner die Familienskitage statt, in der Karwoche folgt der Oma-Opa-Enkel-Skitag. Kostenlose Langlauf-Schnupperkurse gibt es mit der Familienkarte in Schöneben und Liebenau.

„Der Wintersport hat neben dem gemeinsamen Familienerlebnis mehrere positive Effekte: Fitness und Gesundheit werden gefördert, aber auch für unsere Wirtschaft ist der Skisport eine wichtige Sache. Umso wichtiger ist es, unsere Kinder für den Wintersport zu begeistern“, erklärt Landeshauptmann-Stellvertreter und Familienreferent Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ).

Aktionen im Überblick



Familienskitage mit der OÖ Familienkarte

Besonders familienfreundliche Tarife in 26 Skigebieten in Oberösterreich:

- Familienskitage „Happy Family“ am 13. und 14. Jänner 2018
- Familienskitage „Snow & Fun“ am 20. und 21. Jänner 2018

Förderaktion „Gratis Liftkarte“ – Wintersportwoche/-tage

Das Land Oberösterreich fördert Schulsikurse, die im Bundesland Oberösterreich abgehalten werden, mit einer Gratis-Liftkarte.

Oma-Opa-Enkel-Skitag in der Karwoche vom 26. bis 29. März 2018

Enkelkinder bis 15 Jahre (Jahrgang 2003) erhalten in Begleitung der Großeltern eine Gratis-Tagesskikarte.

Kostenlose Langlauf-Schnupperkurse für die ganze Familie

- Schöneben: 20. Jänner sowie 24. und 25. Februar 2018
- Liebenau: 20. und 21. Jänner 2018

Günstige Familienurlaubs-Angebote in Oberösterreich

Das Austrian Sports Resorts BSFZ Obertraun bietet für Familienkarten-Inhaber eine günstige Möglichkeit für einen Winterurlaub. Verschiedene Termine stehen von Dezember 2017 bis März 2018 zur Auswahl. Kinder bis 10 Jahre sind frei.

Weitere Informationen auf www.familienkarte.at



Oö. Abfallwirtschaftsplan:

Es gibt noch einiges zu tun, Herr Landesrat Anschöber

Der Zustand unserer Umwelt steht in direkter Wechselwirkung zu unserer Lebensqualität.

Deshalb bemüht sich das Land Oberösterreich um den bestmöglichen Schutz von Boden, Wasser, Luft und Natur. Der Oö. Abfallwirtschaftsplan 2011 gibt einen Überblick über den Zeitraum 2011 bis 2015, wie viele Abfälle hinterlassen bzw. vermieden wurden und in welchen Bereichen noch Handlungsbedarf besteht.

„Wenn auch die im Bericht angeführten Ziele großteils als erledigt beurteilt werden, wäre es der falsche Ansatz, diese als abgeschlossen zu betrachten. Umwelt-Landesrat Anschöber muss dafür sorgen, dass in Zukunft keine der Handlungsfelder vernachlässigt werden, etwa im Ressourcen- und Stoffmanagement sowie beim Thema Baurechtsmassen“, so der freiheitliche Umweltsprecher, LAbg. Ing. Michael Fischer.

Kein Sparstift bei Feuerwehren

Das Land OÖ will ab 2018 keine neuen Schulden mehr machen und startet im kommenden Jahr mit dem Abbau der Schulden. Alle Ressorts der Landesregierung werden ihren Teil dazu beitragen, es gibt bei den Ermessensausgaben Kürzungen von bis zu zehn Prozent. „Trotz der Sparpläne wird es bei den Feuerwehren, dem Katastrophen- und Wasserschutz keine Einschränkungen geben“, betont FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek.

Für das kommende Jahr habe das Ressort gut 54 Millionen Euro für diese drei Bereiche zur Verfügung. Aber auch der Ausbau des digitalen Behördenfunks und die Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen im Eferdinger Becken werden aus diesem Budget finanziert werden. Nötige Einsparungen sollen durch die Zusammenlegung von zwei Abteilungen und im Bereich der Wasserentsorgung erfolgen. Es konnten, so Podgorschek, interne Abläufe teilweise optimiert werden. Und Projekte mit weniger Bedeutung werden hinausgeschoben. „Vorrang hat für mich, dass es weder im Bereich

der Sicherheit noch im Hochwasserschutz zu Einsparungen kommt“, verweist der FPÖ-Sicherheitslandesrat darauf, dass bereits zugesagte Projekte in anderen Bereichen durchgeführt werden konnten.

Allein für den Kauf von Einsatzfahrzeugen und Geräten für die Feuerwehr sind 6,5 Millionen Euro geplant, weitere 350.000 Euro werden für Spezialgeräte zum Einsatz in Tunnels benötigt. Insgesamt wird es im Jahr 2018 für die Feuerwehren und den Katastrophenschutz 21 Millionen Euro an Geldern geben, gut 31 Millionen Euro machen die Bereiche Wasserwirtschaft und Wasserschutz aus.



LAbg. Dr. Walter Ratt mit neu bzw. wiedergewähltem Vorstand

Walter Ratt einstimmig bestätigt

Beim Landestag des Oö. Seniorenringes wurde LAbg. Dr. Walter Ratt einstimmig von den Delegierten in seinem Amt als Landesobmann bestätigt.

Zahlreiche Ehrengäste gratulierten Ratt zu seiner Wiederwahl. Unter anderem anwesend waren LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner, LR Mag. Günther Steinkellner, LR KommR Elmar Podgorschek, die Nationalräte Hermann Brückl und Mag. Roman Haider, aus Salzburg LAbg. Marlies Steiner-Wieser, sowie zahlreiche weitere Landtagsabgeordnete.

Ratt verwies in seinem Bericht auf die konstruktive, erfolgreiche und sehr wertschätzende Zusammenarbeit mit dem Bundesobmann und neugewählten Vizepräsidenten des Österreichischen Seniorenrates NAbg. Werner Neubauer.



Der Winter kann kommen

Die Oö. Straßenverwaltung ist für den Winter bestens gerüstet und modernst ausgestattet.

Die Nächte werden länger und die Tage kürzer. Eines der vielen Anzeichen für den Winter. Die 550 Winterdienstmitarbeiter in Oberösterreich sind bereits in den Startlöchern, denn in den 31 Straßenmeistereien hat man sich schon während des Sommers auf den Winterdienst vorbereitet. „Der Winter auf den oberösterreichischen Straßen geht weit über die Salzstreuung hinaus. Winterdienst bedeutet mit den modernsten Techniken in die Zukunft zu schauen, um auf alles vorbereitet zu sein. Nur so kann auch bei schlechter Witterung die Verkehrssicherheit auf unserer Straßeninfrastruktur aufrechterhalten werden“, betont FPÖ-Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner.

■ Die Streusalzlager sind aufgefüllt

Das Auftausalz zur Bekämpfung von winterlicher Straßenglätte wurde bereits in den Sommermonaten eingelagert. In 105 Silos bzw. sechs Lagerhallen befinden sich rund 45.000 Tonnen Streusalz. Engpässe sind durch automatische Nachbestellungen nahezu ausgeschlossen. Diese Silos sind in den Straßenmeistereien oder außerhalb an neuralgischen Stellen verkehrsgünstig positioniert. Durch die Positionierung der Silos und eine optimale Planung der Winterdienststrouten ist sichergestellt, dass die Streufahrzeuge ohne größere Anfahrtswege schnell wieder Streusalz nachfüllen können. Alle Silos werden über ein hochentwickeltes Silomanagementsystem gesteuert, dass

nicht nur alle Befüllungen und Entnahmen überwacht und richtig verbucht, sondern auch automatisch Salz nachbestellt. Sobald der Füllstand eines Silos um 30 Tonnen abgesunken ist, wird automatisch eine entsprechende Nachbestellung generiert und elektronisch an den jeweiligen Streusalzlieferanten übermittelt. Innerhalb von 72 Stunden wird diese Bestellung angeliefert und der Silo wieder voll befüllt. Der Winter war bisher nur in höheren Lagen spürbar.

Seit Ende Oktober wurden bisher lediglich 120 Tonnen Streusalz verbraucht. „In den kommenden Monaten ist wieder mit winterlichen Fahrverhältnissen zu rechnen. Die Winterreifenpflicht gilt bereits seit 1. November und ich möchte an alle Autofahrer appellieren, rechtzeitig die entsprechenden Vorkehrungen für die kalte Jahreszeit zu treffen“, so Steinkellner.



Landesrat Mag. Günther Steinkellner

Oberösterreich ist ein kinderfreundliches Land

Alle zwei Jahre gibt es im Auftrag des Familienreferates eine Familien-Umfrage.

Dabei wurden auch heuer wieder tausend Frauen und fünfhundert Männer in Oberösterreich über die aktuelle Situation von Familien befragt. „Wir wollen wissen: Wie geht es den Familien in Oberösterreich? Mit welchen Leistungen des Landes sind sie sehr oder wenig zufrieden? Was wünschen sich Familien von der Politik“, so der für Familien zuständige FPÖ-LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner.

Insgesamt 92 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass „Oberösterreich ein kinderfreundliches Land“ ist und 98 Prozent würden sich wieder für Kinder und Familie entscheiden. „Für mich ist genau das der Kern der Befragung: Das Familie zum Glücksein dazugehört“, so Haimbuchner. Sämtliche Leistungen des Landes, wie zum Beispiel die Gratis-Skikarten für Schüler, die OÖ Familienkarte und Familienbeihilfen wurden positiv beurteilt.

Gemäß dem Ergebnis der Studie wünschen sich Familien eine geringere Besteuerung der Familien. Noch davor ist den Befragten eine „bessere Anrechnung der Familienarbeit für die Pension“ ein Anliegen. Das Kinderbetreuungsangebot sei vor allem am Land noch nicht ausreichend vorhanden. Und die Bundesförderung „Karenzgeld neu“ werde von vielen kritisch gesehen. „Diese Karenzgeldregelung ist für die Menschen schwer zu durchschauen“, betont Haimbuchner, dass insgesamt nahezu alle befragten Eltern mit ihrer Lebenssituation zufrieden sind. „Familie macht glücklich, auch wenn Kinder teuer kommen“, so der freiheitliche Familienreferent.

Infrastruktur: Mehr Geld für Öffis

Die Geldmittel für die Infrastruktur bleiben im Jahr 2018, im Vergleich zu Vorjahr auf konstantem Niveau. Insgesamt sind rund 307 Mio. Euro im künftigen Infrastrukturbudget vorgesehen.



es für Bus und Zug mehr Geld als für den Straßenbau. „Alle essentiell wichtigen Projekte sind abgesichert. Hierzu zählt auch die Mitfinanzierung der neuen Linzer Eisenbahnbrücke“, unterstreicht Steinkellner. Hierfür sind im Budget von 2018 bereits sieben Mio. Euro reserviert. Wichtige Zukunftsprojekte wie die Weiterplanung der Straßenbahn Richtung Anselden aber auch eine Vorstudie für die RegioTram Pregarten-Gallneukirchen werden durch die Umverteilung des Budgets – hin zu mehr ÖV-Geldern – gewährleistet.

Erstmals wird es zudem mehr Geld für den öffentlichen Verkehr geben. „Durch finanzielle Straffungen und Effizienzmaßnahmen werden im Straßenbau und in der Straßenerhaltung Einsparungen vorgenommen. Die dadurch gesparten

Mittel werden in den öffentlichen Verkehr investiert“, so FPÖ-Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner.

Mit dieser Umverteilung findet auch gleichzeitig ein historischer Paradigmenwechsel statt. Denn erstmals gibt

„Für die lang und mittelfristige Planung ist es wichtig, zusätzliche Gelder für den Infrastrukturbereich zu Verfügung zu stellen. Die Grundlage hierfür stellt ein sparsamer und verantwortungsvoller Haushalt dar, für den wir das Fundament legen“, so Steinkellner.

Hochwasserschutz entlang der Krems kommt

Beim Hochwasser im Jahr 2002 war das gesamte Gebiet entlang der Krems – vom Oberlauf im Alpenvorland bis zur Traunmündung – von verheerenden Überflutungen mit einem Schaden in Höhe von 51 Mio. Euro betroffen.

Um derartige Schäden in Zukunft zu verhindern, wurde in Folge ein Hochwasserschutzverband gegründet. Gemeinsam wurde für das Einzugsgebiet eine schutzwasserwirtschaftliche Planung erarbeitet. „Kernstück dieser Maßnahmen ist die Errichtung eines Rückhaltebeckens in der Krems Au in den Gemeinden Wartberg und Nußbach“, berichtet Landesrat Elmar Podgorschek. Für die Planung und Errichtung dieser Hochwasserschutzanlage – es können rund drei Millionen Kubikmeter Wasser zurückgehalten werden – sind 30 Millionen Euro erforderlich. 49,7 % der Kosten übernimmt der Bund, 40 % das Land und der Hoch-



wasserschutzverband Kremstal die restlichen 10,3 Prozent. „Erreicht wird mit diesem Rückhaltebecken den Hochwasserschutz von Wartberg bis zur Kremsmündung in die Traun für den

Krems-Unterlauf zu verbessern“, verweist Podgorschek darauf, dass es in Kombination noch lineare Maßnahmen und weitere Rückhaltebecken geben wird.



Foto: FPÖ Landtagsklub

FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr: „Wir arbeiten für die nächsten Generationen und machen Oberösterreich zukunftsfit.“

Schuldenstopp in Oberösterreich

FPÖ stellt Finanzen auf neue Beine: 5,7 Milliarden Euro im Landesbudget 2018

Erstmals seit 2010 werden in Oberösterreich keine neuen Schulden gemacht. Möglich wird das insbesondere durch ausgabenseitige Maßnahmen. Bei den Parteien und Klubs werden beispielsweise ab dem kommenden Jahr zehn Prozent aller öffentlichen Geldmittel gekürzt, die Höhe der Politikergehälter eingefroren. Außerdem wird das Land Oberösterreich zum ersten Mal nach 15 Jahren wieder Schulden abbauen – konkret 21 Millionen Euro.

Während andere Bundesländer weiter tief in die Schuldentasche greifen, geht die FPÖ in Oberösterreich mit gutem Beispiel voran. Mit der neuen Finanzpolitik werden finanzielle Spielräume geschaffen, wodurch auch in Zeiten des Sparens in wesentliche Zukunftsprojekte investiert werden kann. Alleine der Geldtopf des Sozialbereichs wird nächstes Jahr um 23 Millionen Euro größer. Für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs sind kommenden Jahr 25,5 Millionen Euro mehr als 2017 eingeplant.

„Die FPÖ hat ein millionenschweres Investitionspaket geschnürt. Die geplanten Maßnahmen sind sorgsam überlegt, maßvoll und vertretbar“, nennt FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr einen Schwer-

punkt für das Landesbudget 2018. „Durch unsere effiziente Finanzwirtschaft haben wir über Jahre Rücklagen gebildet, die nun für den Breitbandausbau und die Weiterentwicklung des Sicherheitsfunks verwendet werden können. Außerdem bereinigen wir dadurch die jahrelange Misswirtschaft der SPÖ. Bis 2021 wird der Schuldenrucksack des Rot-geführten Sozialbereichs abgebaut.“

„Der Voranschlag für das Landesbudget 2018 ist das Ergebnis verantwortungsbewusster, nachhaltiger und schuldenfreier Politik. Diesen Weg werden wir konsequent weiterverfolgen“, ist sich Mahr sicher.

Wirbel beim Nachtragsbudget 2017

Dem Sozialbereich müssen heuer noch zusätzlich rund 15 Millionen Euro zugesprochen werden. Für die FPÖ ist diese Millionenlücke unvertretbar. Mahr sieht diesen Umstand bezeichnend für die politische Arbeit der SPÖ: „Dadurch zeigen die Genossen einmal mehr, dass sie nicht in der Lage sind, dieses wichtige Ressort mit der gebotenen finanzpolitischen Verantwortung zu führen.“

Schulnote ist wichtiges Leistungsinstrument

Für FPÖ-Bildungssprecherin, LAbg. Mag. Silke Lackner „ist Bildung eines der wichtigsten Dinge im Leben.“

Ohne Bildung können Menschen ihre Potentiale nicht entfalten. Für die Sicherung einer guten Ausbildung brauchen wir ein durchlässiges und differenziertes Schulsystem. „Der Mangel an grundlegenden Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen macht es unmöglich, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Darauf muss besondere Aufmerksamkeit gelegt werden. Rücken wir die Leistung wieder mehr in der Vordergrund und belohnen wir sie“, so Lackner.



„Für die Leistungsbeurteilung eines jeden Schülers sind Schulnoten unumgänglich. Noten haben viel mehr Aussagekraft als andere Beurteilungsformen. Wir stehen zum Ziffernotensystem, wo einem Schüler sowohl Stärken als auch Schwächen aufgezeigt werden“, sagt Lackner. „Um einen guten Bildungserfolg für unsere Kinder zu erreichen, ist es auch notwendig, dass Schüler vor Schuleintritt soweit der deutschen Sprache mächtig sind, dass sie dem Schulunterricht problemlos folgen können. Die meisten außerordentlichen Schüler sind in Volks- und Neuen Mittelschulen zu finden. Im Bundesländervergleich liegt Oberösterreich auf dem besorgniserregenden zweiten Platz hinter der Bundeshauptstadt. Diese Zahlen zeigen auf, dass die Schulsprache Deutsch so immens wichtig ist“, fordert Lackner.

Wohnbauförderung Oberösterreich

Wohnbauförderung gibt es für Neubauten (Eigenheime und mehrgeschossiger Wohnbau), Sanierung, Mietkauf- und Eigentumswohnungen. 2016 wurden im Rahmen dieser Förderung 283 Millionen Euro ausgegeben.

Ein Teil davon ist die Wohnbeihilfe, ein Zuschuss für den Mietaufwand. 2016 machte dieser 65 Millionen Euro aus. Für das Budget 2018 werden 70 Millionen Euro veranschlagt.

32.000 Personen beziehen Wohnbeihilfe, davon waren zuletzt 3.200 Nicht-EU-Ausländer. Die Abteilung Wohnbauförderung forciert die Missbrauchsbekämpfung. 2016 wurden zwei Millionen Euro, die ungerechtfertigt bezogen wurden, zurückgefordert.

Zudem müssen sie mindestens fünf Jahre in Österreich gewesen sein und davon mindestens 54 Monate statt der bisher verlangten 36 Monate gearbeitet haben, um Wohnbeihilfe, Wohnbauförderungen zu bekommen, oder um in eine mit Wohnbaufördermitteln errichtete Wohnung einziehen zu können. Zeiten, in denen Notstandshilfe bezogen wurde, werden nicht mehr angerechnet, der Bezug von Arbeitslosengeld schon.

Haimbuchner, in der Landesregierung zuständig für den Wohnbau, betont: „Leistungen aus den Wohnbaufördermitteln sind keine Sozialleistungen.“ Deutschkenntnisse sollen etwa in Form eines Sprachzertifikates, dem erfolgreichen Schulabschluss, aber auch mittels Nachweis eines Integrationskurses belegt werden können.



Es wurde, so der FPÖ-Landesparteiobermann, „das Leistungsprinzip in den Vordergrund gestellt.“ Auch Kinderbetreuungszeiten und Pflegezeiten werden für die 54 Monate angerechnet, damit wird auch auf Alleinerzieherinnen aus Drittstaaten

Rücksicht genommen. „Wir haben die Zugangsvoraussetzungen zur Wohnbeihilfe für Personen mit dauerhaft schlechtem Gesundheitszustand und hohem Alter durch Ausnahmebestimmungen erleichtert. Damit wird der Zumutbarkeit hinsichtlich Erwerbstätigkeit und Kindererziehung, sowie Pflege und Arbeitsfähigkeit im Sinne der Gerechtigkeit Rechnung getragen“, betont Haimbuchner.

Auch die Obergrenzen werden verändert. Bislang gab es bei geförderten Wohnungen bei der Wohnbeihilfe eine Deckelung von 300 Euro. Bei nicht-geförderten Wohnungen gab es höchstens 200 Euro an Auszahlung.

„Vor allem im ländlichen Raum gibt es weniger geförderte Wohnungen, daher war diese Ungleichbehandlung nicht mehr zu argumentieren. Hinkünftig gibt es eine einheitliche Obergrenze von 300 Euro.“ Die erwarteten Mehrkosten von zwei Millionen Euro wurden in den Budgetplanungen bereits berücksichtigt.



LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner
Landesparteiobermann

Wohnbauförderung wird neu geregelt

Eine Novelle gibt es im Wohnbauförderungsgesetz, die mit 1. Jänner 2018 in Kraft treten soll. Laut FPÖ-Landesparteiobermann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner „müssen Nicht-EU-Ausländer ab 2018 ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen.“

Dank an Haupt- und Ehrenamtliche

54 Polizisten gibt es in der neuen oberösterreichischen Bereitschaftseinheit. Für FPÖ-Sicherheitssprecher, LAbg. Alexander Nerat „kann die erfolgreiche neue mobile Einheit nicht über das drohende Personalloch durch die anstehenden Pensionierungen bei der Exekutive hinwegtrösten.“

Die FPÖ fordert daher „zum Stopfen der Löcher eine Ausbildungsoffensive.“ Für Nerat habe die Politik die Verantwortung, Voraussetzungen zu schaffen und Mittel für die Sicherheit zur Verfügung zu stellen. „Wir haben Verantwortung gegenüber den Beamten und der Bevölkerung.“

Auf Bundesebene seien unkontrollierte Masseneinwanderung, zu spätes Reagieren auf die Pensionswellen bei unserer Polizeibeamtenschaft in Oberösterreich sowie das finanzielle Ausbluten unseres österreichischen Bundesheeres schwere Versäumnisse der vergangenen Bundesregierung.

Auf Landes- und Gemeindeebene zeigen unsere Feuerwehren, Rettungen und



der Zivilschutz, wie unerlässlich sie sind. „Unsere ehrenamtlichen Feuerwehrleute opfern ihre Freizeit für unzählige Übungen, Vereinstätigkeiten und über 50.000 Einsätze pro Jahr. Bei diesen riskieren sie oft sogar ihr Leben, um anderen zu helfen. Rettungssanitäter retten tagtäglich Leben. Auch der OÖ. Zivilschutzverband macht hervorragende

Aufklärungs- und Vorbeugungsarbeit für jegliche Katastrophenszenarien“, hebt Nerat hervor, dass sich FPÖ-Sicherheitslandesrat Podgorschek ständig für die Helfer einsetzt. „Wir müssen unsere Exekutive, die Feuerwehren sowie den Zivilschutz weiterhin bestmöglich unterstützen. Ihnen allen gilt der Dank für ihren Einsatz.“

Werde aktiv.

Deine Heimat braucht Dich!

Bitte leserlich und in Blockbuchstaben ausfüllen.

Vorname

Jetzt.

www.fpoe-ooe.at

Nachname

Adresse

Telefon

E-Mail

Ausgefüllte Karte bitte an: FPÖ-Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4041 Linz - oder bei einem FPÖ-Lokalpolitiker abgeben.

FPO DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI



EINLADUNG ZUM TRADITIONELLEN
Neujahrstreffen

**MIT HC STRACHE, DEN SPITZEN DER
BUNDESPARTEI SOWIE DER LANDESPARTEIEN UND
DEM NÖ-SPITZENKANDIDATEN UDO LANDBAUER**

Samstag, 13. Jänner 2018

Pyramide Vösendorf > Parkallee 2 > 2334 Vösendorf

9.00 Uhr: Musik mit der John Otti Band

10.30 Uhr: Begrüßung LPO Dr. Walter Rosenkranz

10.40 Uhr: Rede Udo Landbauer, MA (Landesspitzenkandidat)

11.00 Uhr: Rede **HC Strache**